



22.09.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

rechtsextreme und demokratiefeindliche Einstellungen nehmen stark zu. Die Ergebnisse der in dieser Woche veröffentlichten Mitte-Studie sind alarmierend: Sechs Prozent aller Menschen befürworten eine Diktatur und acht Prozent teilen eine klar rechtsextreme Orientierung. Im Gegensatz zu den Vorjahren hat sich dieser Wert mehr als verdoppelt. Das sieht man auch an den vergangenen Wahlergebnissen und den aktuellen Umfragen.

Das gefährdet nicht nur unseren Wohlstand, sondern unsere offene Gesellschaft und unser demokratisches Zusammenleben. Leider bröckelt auch die sogenannte Brandmauer der CDU:

Im Lahn-Dill-Kreis finden rechtsextreme Netzwerktreffen von rund 300 Personen unter Beteiligung von Mitgliedern der CDU und AfD sowie dubiosen Organisationen von Verschwörungstheoretikern statt, in Thüringen verabschiedet die CDU mit der AfD und FDP gemeinsam ein Gesetz im Landtag anstatt den Kompromiss mit den demokratischen Parteien zu suchen und der Vorsitzende der Grundwertekommission der CDU spricht sich offen für eine Minderheitsregierung unter Tolerierung der AfD aus. Olaf Scholz hat der Union die Hand gereicht – gemeinsam einen Deutschlandpakt zur Lösung der großen Herausforderungen durch Krieg, Migration und Klimawandel, zu bilden. Ein Bündnis der Demokratinnen und Demokraten über Bund, Länder und Gemeinden hinweg.

Wir haben in dieser Woche im Bundestag an Otto Wels erinnert. In der vergangenen Woche wäre er 150 Jahre alt geworden. Sein Mut und der der übrigen 93 Abgeordneten, die 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, ist gleichzeitig eine Mahnung an uns und die heutige Zeit: **Es darf niemals eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen geben und niemals dürfen Mehrheiten mit ihnen gebildet werden – das gilt für uns auf allen Ebenen.** Wo Demokratiefeinde hetzen und Menschenfeindlichkeit das Wort führt müssen wir dagegen halten – auf der Arbeit, im Familien- und Freundeskreis, überall. Der Frankfurter Verein Demokult e.V. hat die Kampagne AfDnee ins Leben gerufen, die faktenbasiert erklärt, warum die AfD keine Alternative ist. [\(Hier geht es zur Kampagne\)](#) die SPD war und ist seit über 160 Jahren das Bollwerk gegen rechts.

Am Montag durfte ich als stellvertretende Fraktionsvorsitzende über 200 Werkstattträtinnen und –räte in Berlin begrüßen und so die Werkstattträtekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion eröffnen. Werkstattträtinnen und –

räte sind die Interessenvertretung bzw. der Betriebsrat für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Sie sind kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und machen sich für ihre Kolleginnen und Kollegen stark.



Die Leistung von Menschen mit Behinderung muss auch von der Gesellschaft angemessen honoriert werden. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode einen Bericht in Auftrag gegeben, der die Entlohnung von Beschäftigten in Werkstätten neu reformieren soll. Seit letzter Woche liegt der Abschlussbericht vor, sodass wir nun in die Beratung und in die Gesetzgebung einsteigen. Dabei wollen wir nicht nur das Entgeltsystem reformieren, sondern uns auch den Übergang

zwischen Werkstatt und erstem Arbeitsmarkt noch besser gestalten. Mit dem inklusiven Arbeitsmarkt und der vierten Stufe der Ausgleichsabgabe für diejenigen, die keine Menschen mit Behinderung einstellen, haben wir bereits viel auf den Weg gebracht. Menschen mit Behinderung verdienen faire Löhne und angemessenen Respekt. Da ist noch viel zu tun und dafür brauchen wir die vielen engagierten Werkstattdarstellerinnen und -räte. Schön, dass Ihr da wart und mit uns diskutiert habt!

Die Bilanz der Ampel ist deutlich besser als ihr Ruf. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung hat festgestellt, dass wir bereits zwei Drittel der vereinbarten Ziele des ambitionierten Koalitionsvertrags angepackt oder umgesetzt haben. Wir liefern. [\(Zu unserer Bilanz geht es hier\)](#)

Auch in dieser Woche haben wir viele Gesetze in erster Lesung auf den Weg gebracht. Mit dem Krankenhaustransparenzgesetz wollen wir verlässliche Informationen für Patientinnen und Patienten bereitstellen. Dafür wird es im kommenden Jahr ein Infoportal geben, indem alle Menschen sich selbst über die Ausstattung der Krankenhäuser informieren können. Dort kann dann beispielsweise nachgesehen werden, wie oft Eingriffe vorgenommen werden, aber auch wie viel Eingriffe nicht gut verlaufen sind. Zudem wird ersichtlich sein, wie viele Fachärztinnen- und Ärzte und Pflegekräfte im Krankenhaus arbeiten. Neben der großen Krankenhausreform ist das ein zentraler Schritt zur Verbesserung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit für Patientinnen und Patienten. Die beste Klinik für den Eingriff oder die eigene Behandlung zu finden, darf nicht davon abhängen, ob ich in meinem



Bekanntenkreis Ärzte habe, die sich auskennen. Alle müssen den gleichen Zugang zu Informationen über Behandlungsqualität haben.

Die Cybersicherheit ist eine der größten Gefahren für unsere Demokratie in der aktuellen Zeit. Durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich die Risikolage deutlich verschärft. Aktuell wird viel über die Versetzung des ehemaligen Chefs des BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) berichtet. Dabei wird behauptet, der ehemalige Leiter des BSI Arne Schönbohm, sei durch den Verfassungsschutz nachrichtendienstlich untersucht worden und er sei nur aufgrund von falschen Behauptungen aus den Medien versetzt worden. Richtig ist: Es ist unabdingbar, dass an der Spitze dieser Behörde, jemand steht, der das volle Vertrauen genießt. Nicht nur durch die Medienberichterstattung, sondern auch durch Erfahrungen der vorherigen Bundesinnenminister kamen erhebliche Zweifel auf. Auch Hinweise auf mögliche Verbindungen zu Russland haben eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erschwert. **Dennoch wurden keinerlei nachrichtendienstlichen Schritte unternommen. Nancy Faeser hat die Vorwürfe gegenüber ihrer Entscheidung in der letzten Sitzungswoche im Plenum und in dieser Woche im Innenausschuss ausgeräumt.** Es sei an dieser Stelle noch einmal an den Umgang ihres Vorgängers mit dem ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen, der im Übrigen auch an dem rechtsextremen Netzwerktreffen in Wetzlar teilgenommen hat, erinnert.

Wer arbeitet, hat immer mehr als jemand, der nicht arbeitet. Und das ändert sich auch nicht mit der Bürgergeldhöhung zum 1. Januar. **Das hat jetzt eine Studie bestätigt.** Seit der Einführung des Mindestlohns, der immer nur eine Anstandsuntergrenze für den Stundenlohn ist, ist er von 8,50 Euro (2015) um 46 Prozent auf 12,41 Euro gestiegen. Der Regelsatz im Bürgergeld ist im gleichen Zeitraum um 41 Prozent gestiegen. Der Lohnabstand ist damit gleich geblieben, bzw. sogar leicht angewachsen, auch wenn es aktuell anders kolportiert wird. Wer sich wirklich für die Interessen derjenigen einsetzen möchte, die wenig Geld verdienen, sollte mit uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die Anstandsuntergrenze des Mindestlohns durch flächendeckende Tarifverträge ersetzt werden und endlich alle Beschäftigten ein armutsfestes Einkommen haben.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt